

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die gewöhnliche Zeitschriften oder deren Raum zu 15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Anzeigen...
Verleger: Friedrich W. Schmidt, Dresden, Poststr. 10.
Drucker: Friedrich W. Schmidt, Dresden, Poststr. 10.

Ercheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Verlagspreis: Vierteljahr 1 2/3 M., 6 M. (ohne Postgebühren).
Ausserdem: Einzelheft 15 Pf., 6 Hefen 1 M. 10 Pf. (Postgebühren 10 Pf.)
Redaktions- und Geschäftsstelle: 11-13 Poststr.

Soziale Beschlüsse der Regensburger Katholikenversammlung.

Die zahlreichen Beschlüsse, welche auf dem Katholikentag zu Regensburg gefasst wurden, beziehen sich auf rein religiöse Gegenstände und auf die christliche Caritas. So bedeutungsvoll diese sind, so möchten wir doch heute in erster Linie die hauptsächlichsten Beschlüsse hervorheben, die sich mit sozialpolitischen Gegenständen beschäftigen.

Da sind zunächst jene, die sich auf die Landwirtschaft beziehen. In einer Resolution werden dankbar die großen Fortschritte anerkannt, welche in den letzten Jahren auf dem Wege der Organisation unserer Landwirtschaft in Form von Bauernvereinen und Genossenschaften aller Art gemacht worden sind und wird der dringende Wunsch ausgesprochen, daß diese Vereine und Genossenschaften in allen Gemeinden Eingang finden.

Zur weiteren Hebung und Förderung der Landwirtschaft wird notwendig angesehen, daß für eine bessere berufliche Ausbildung der erwachsenen männlichen und weiblichen Jugend in landwirtschaftlichen Schulen bezw. Hauswirtschaftsschulen in Verbindung mit landwirtschaftlichen Musterbetrieben Sorge getragen werde unter besonderer Rücksichtnahme auf Erziehung zu einer einfachen, dem künftigen Stande angemessenen Lebenshaltung.

Mit der Fürsorge für die vom Lande abwandernde Bevölkerung befaßt sich folgender Beschluß: „Die Generalversammlung macht erneut auf die bedauerliche Erscheinung aufmerksam, daß nach Ausweis der Statistik ein großer Teil der ständig den Städten und Industriebezirken vom platten Lande zuwandernden katholischen Bevölkerung dem kirchlichen Leben entfremdet wird, daß insbesondere ein Teil der Arbeiter der sozialdemokratischen Agitation zum Opfer fällt.“

Als ein dringend notwendiges Vorbeugemittel hingegen empfiehlt es sich, überall der katholischen Landbevölkerung durch Pflege des Vereinslebens, insbesondere in Kongregationen, Jugendvereinen, im Volksverein für das katholische Deutschland u. a. durch Pflege des Kolportage- und Bibliothekwesens usw. die notwendige apologetische und soziale Aufklärung zuteil werden zu lassen. Die abwandernde Bevölkerung ist den an den neuen Wohn- und Arbeitsplätzen bestehenden Vereinen und Einrichtungen, die für sie vorsehen, zuzuführen, wobei das vom Volksverein für das katholische Deutschland herausgegebene „Soziale Adreßbuch“ gute Dienste leisten wird.

In den Städten und Industriebezirken selbst muß dementsprechend von den vorhandenen karitativen und sozialen Vereinen und Einrichtungen in Verbindung mit den Pfarrseelsorgern eine systematische Werbearbeit organisiert werden, um die zuziehenden Katholiken aller Stände und Lebensalter mit den für sie geschaffenen kirchlichen, charitativen und sozialen Einrichtungen bekannt zu machen und für eine lebendige Anteilnahme am öffentlichen katholischen Leben zu interessieren.“

Wesentlich des Handwerkerstandes tritt die 51. Generalversammlung energisch für Weiterführung der Sozialreform zu Gunsten desselben ein unter tunlichster Berücksichtigung der Bedürfnisse der organisierten Handwerker. Sie betont von neuem, daß es Pflicht des Handwerkers ist, sich die Vorteile des Handwerkergesetzes mehr wie bisher zunutzen zu machen.

Die Generalversammlung fordert aber auch die Handwerker selbst auf, sich in Genossenschaften die Vorteile der Entlohnung zu sichern, sich überall zu organisieren und aufzuklären; sie wünscht andererseits, daß die besser Situierten die Handwerker namentlich am Orte durch ihre Bestellungen und Einkäufe nach Kräften unterstützen.

Auch die Bewegung unserer Privatbeamten zwecks Zusammenrücken, um auch ihrem Stande die Vorteile der sozialen Versicherungen zu verschaffen, begrüßt die Generalversammlung mit Genugtuung. Sie erblickt darin den Erfolg der vom Hauptauschüsse für die staatl. Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatbeamten im Oktober vorigen Jahres über die Lage der Privatbeamten veranstalteten Umfrage, und in der von der Reichsregierung gemachten Zusage, die Ergebnisse der Umfrage amtlich zu bearbeiten zu wollen, eine Gewähr dafür, daß ruhiges, sachliches und einmütiges Streben die Privatbeamten zum erwünschten Ziele führen wird.

Eine besondere Resolution befaßt sich mit der Wohnungsfrage. Darin heißt es: „Bei der hohen Bedeutung des Wohnungswesens für das sittliche, geistliche und wirtschaftliche Wohl des Volkes legt es die katholischen Versammlung allen Beteiligten, den Einzelnen, den größeren Fabrikanten, besonders aber auch den Volksvertretungen, den Gemeinden und Staatsverwaltungen dringend nahe, dahin zu wirken, daß die unteren und mittleren Klassen des Volkes in städtischen und industriellen Ansiedlungen in wachsendem Maße Wohnungen erhalten, die nicht nur den Ansprüchen der Gesundheit und Sittlichkeit genügen, sondern diesen Klassen auch wirtschaftlich erschwingbar sind.“

„Zu diesem Zwecke sind sowohl die Mittel der Selbsthilfe anzuwenden, aber auch umfassende Verwaltungsrechtliche, gesetzgeberische und finanzielle Maßnahmen von Staat und Gemeinde zu ergreifen.“

„Die 51. Generalversammlung ermuntert die Katholiken, an diesen so überaus wichtigen Bestrebungen auch weiterhin wirksamen Anteil zu nehmen, und macht auf den im

Oktober dieses Jahres in Frankfurt am Main stattfindenden allgemeinen deutschen Wohnungskongress empfehlend aufmerksam.“

Alle diese Beschlüsse sind allgemeiner Natur und haben mit der Konfession nichts zu tun. Sie sind jedoch vom christlichen Standpunkte aus zu beurteilen und gehören daher entschieden zu jenem sozialen Gebiet, auf dem der Katholikentag berechtigt ist, eine Richtschnur für ein einheitliches Vorgehen in diesen Fragen zu geben. Indem hervorragende Soziologen nach reiflicher Prüfung ihr Resultat mitteilen, ist ein geschlossenes Vorgehen für alle Katholiken möglich. Und diese Einigkeit bildet ein moralisches Schwergewicht, dem sich die öffentliche Meinung nicht entziehen kann.

Politische Rundschau. Deutschland.

— Der Besuch des Kaisers in Rumänien, der als bevorstehend gemeldet war, wird offiziell dementiert.

— Der Reichsfanzler hat, wie offiziell mitgeteilt wird, vor längerer Zeit eine Umfrage über eine Verkürzung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiterinnen veranlaßt. Die hierauf von den Gewerbeinspektoren erstatteten Berichte sind im Reichsamt des Innern einer Prüfung und Bearbeitung unterzogen worden. Sie bilden die Grundlage für eine Denkschrift, die dem Bundesrat zugehen, und in der die Frage der allgemeinen Einführung eines zehnstündigen Maximalarbeitstages für die gewerblichen Arbeiterinnen erörtert werden wird. Die eingeladenen Gutachten zeigen zwar, daß die Ansichten über eine so tiefgreifende Verkürzung der Arbeitszeit noch vielfach stark auseinandergehen, und daß insbesondere in den Kreisen der Arbeitgeber die Bedenken dagegen weit überwiegen. Die Mehrheit der Gewerbeinspektoren hat trotzdem schließlich namentlich aus gesundheitlichen Rücksichten eine Verkürzung der Dauer der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiterinnen befürwortet und darauf hingewiesen, daß eine solche bereits in vielen Industriezweigen ohne wesentlich nachteilige Folgen eingeführt ist. Man darf annehmen, daß sich die Denkschrift des Reichsamtes des Innern in der Hauptsache auf denselben Standpunkt stellen wird.

— Die Sächsische Presse ist fast einig in der Schreibweise über den Regensburger Katholikentag: sie scheint aus übereinstimmenden Korrespondenzquellen gepreßt zu werden. Nicht der Meinung unserer Presse in Sachsen ist vielfach jene außerhalb Sachsens. Nur zwei Beispiele:

In Nr. 400 vom 26. Aug. schreibt die konfessionell-landwirtschaftliche „Deutsche Tageszeitung“:

„Der Katholikentag hat einen würdigen Verlauf genommen. Das werden auch die Gegner zugestehen müssen (natürlich dürfen sie nicht in Sachsen wohnen). D. A. In der Eröffnungsfeier wurde mit besonderer Entschiedenheit hervorgehoben, daß die Katholikentage keine Parteitage des Zentrums sind. Wenn man gerecht sein will, muß man anerkennen, daß diese Hervorhebung begründet ist. Die Katholikentage sind weder historisch noch tatsächlich Zentrumsparteitage. Das Zentrum der katholischen Weltanschauung ist Deutschland, nicht die Zentrumspartei. Der diesmalige Katholikentag ist nicht nur ein Zentrumsparteitag, sondern ein allgemeiner Tag der deutschen Katholiken sein sollte. Es wurden zwar auch sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gegenstände behandelt; in der Hauptsache aber sprach man über religiöse und sittliche Fragen, über die Frage des Papsttums, der katholischen Weltanschauung, der katholischen Liebestätigkeit, der Autorität des Papstes gegen die Unstimmigkeit u. d. d. Bei diesen Verhandlungen wurde manches gute Wort gesprochen, dem jeder Christ von Herzen zustimmen kann. Man hat sich auch im allgemeinen klarer Angewandten gegen die Andersgläubigen enthalten. Wenn hin und wieder ein etwas derberer Vorstoß unternehmen wurde, so galt er nicht den andern Konfessionen, sondern den Heiden und den Gegnern der katholischen Kirche. Auf früheren Katholikentagen ist manchmal ein gegenseitiges Wort gefallen, das als Beweis der feindseligen Stimmung gegen die evangelische Kirche durch das Land getragen wurde. Diesmal hat man sich davor gehütet. Wenn die Polemik trotzdem manchmal Formen annahm, die nicht ganz würdig (?) schienen, so wird man als mildernden Umstand in Betracht ziehen müssen, daß große Massenversammlungen eine zugehörige Redeweise wünscheln. Aber, wie gesagt, man wird im allgemeinen dem diesjährigen Katholikentag das Zugeständnis nicht verweigern können, daß er sich in den Grenzen der mäßigen Sachlichkeit gehalten hat. Doch unsere Liberalen mit der Stellung des Katholikentages zu der Schulfrage nicht einverstanden sind, ist nicht umkehrbar. Wollte sich die Regensburger Forderungen auf diesem Gebiete etwas zu weit. Aber in der grundsätzlichen Forderung der konfessionellen Volkseinheit stimmen wir und mit uns viele Evangelische überein.“

Die „Münchener Zeitung“ urteilt in Nr. 198:

„Man mag über die Katholikentage im allgemeinen und über die Generalversammlung in Regensburg im besonderen denken wie man will, eines ist sicher: Die Versammlung in der altchristlichen Bischofsstadt an der Donau war vom „Geiste des Friedens“ getragen. Das beweist die bereits erwähnte Versicherung, daß man mit dem protestantischen Deutschland in Eintracht und Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande stehen wolle. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß dieser tolerante, verständliche Geist auch ferner über diesen Versammlungsschweben werde; das ist vor allem schon ein Gebot der Gerechtigkeit und diese haben die bedeutendsten und einflussreichsten Führer und Redner auf den Katholikentagen noch stets bewiesen.“

Diese Urteile klingen anders als die von blindem Dogmatismus und gewollter Voreingenommenheit diktierten sächsischen Kritiken sächsischer Blätter, die in ihren Butausfällen nur sich selber auf schauerhafteste klammern.

— Die Grobhartigkeit jener katholischen Manifestation, wie sie alljährlich in den deutschen Katholikentagen zum Ausdruck kommt, kann nicht besser als durch einige statistische Daten illustriert werden. So haben am Regensburger Katholikentag folgende Veranstaltungen stattgefunden:

Eine Begrüßungsfeier, 4 geschlossene und 4 öffentliche Generalversammlungen, 33 Versammlungen von Vereinen (General-, Festversammlungen usw.) und 5 Festkommerfe katholischer Studentenorganisationen. Insgesamt fanden 47 Veranstaltungen — in fünf Tagen — statt. Nicht gerechnet sind dabei die Ausschüßsitzungen der vier Sektionen, die am Montag, Dienstag und Mittwoch tagten, und die geselligen Zusammenkünfte der katholischen Journalisten, Lehrer usw. Der stärkste Tag war der Dienstag; an diesem fanden gleichzeitig am Vormittag 3 und am Nachmittag sogar 5 Versammlungen statt — alle vorzüglich besucht! Von den neuen Veranstaltungen sind in erster Linie die Festversammlung des Marianischen Mädchenschulvereins und der Missionskongress zu nennen. Diese Massenveranstaltungen der katholischen Deutschlands imponieren auch den Gegnern ganz gewaltig, und das umfomehr, weil sie selbst solche Konkreteveranstaltungen nicht fertig bringen.

— Ein Stückchen protestantischer Toleranz. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Ein konfessionell-kommunaler Konflikt erregt in Halle a. S. die Gemüter. Der kathol. Stadtrat Winter wünschte, den stellvertretenden Vorsitz in der städtischen Armenverwaltung zu übernehmen, als dieses Amt frei geworden war. Hiergegen wurden die Armenbezirksvorsteher beim Oberbürgermeister mit der Begründung vorstellig, daß bei einem Ranne, der in allen die kathol. Kirche betreffenden Fragen in erster Reihe stünde und die führende Rolle spiele, die Befürchtung nahe liege, sein Glaubenseifer könne ihn verleiten, auch auf dem Gebiete der Armenverwaltung nach dieser Richtung agitatorisch zu wirken. Der Oberbürgermeister gab eine zufriedenstellende Antwort. Als aber das Stadtoberhaupt und der neu ernaunte erste Vorsitzende des Armenbezirks auf Urlaub gingen, übernahm Stadtrat Winter doch den Vorsitz. Daraufhin beschloßen die Armenbezirksvorsteher, keiner Sitzung beizuwohnen, in welcher Stadtrat Winter den Vorsitz führen würde und, wenn er dauernd einen leitenden Posten in der Armenverwaltung einnehmen sollte, ihre Demter niederzulegen. Nur zwei Vorsteher fehlten in der Versammlung, die außerdem einen Protest an den Oberbürgermeister richteten. Vorläufig ist der Konflikt indessen dadurch vertagt worden, daß der erste Vorsitzende zurückgetreten ist und den Vorsitz wieder übernommen hat. So geschahen in der Univeritätsstadt Halle, einer Hauptburg des Evangelischen Bundes. Wenn der Vorgang sich in einer vorwiegend katholischen Stadt im umgekehrten Verhältnis ausgespielt hätte, wie würde es dann in den „Dresdner Nachrichten“ und der „Deutschen Nacht“ von Ausdrücken, wie satanische Inhumanität eines minderwertigen katholischen Pöbels, jesuitische Schliche, ultramontane Uebergriffe usw. nur so gebaggelt haben. Wenn die Katholiken ebenfalls nach dem Rezept der „echt evangelischen Toleranz“ arbeiten würden, brauchten sich die Katholiken in den rein katholischen Städten Köln und Regensburg nicht von protestantischen Oberbürgermeistern beglücken zu lassen. Auf welcher Seite liegt die wahre Toleranz? Man sollte es nicht für möglich halten, daß im Jahre 1904 noch solche Dinge sich ereignen.

— Zur Brandtner-Kovelle wird offiziell mitgeteilt: Um für alle Fälle die bisherigen Entwürfe der Verkaufsteuer sicherzustellen, soll die neue Staffelung so getroffen werden, daß auf einen Ueberfluß von etwa einer Million zu rechnen wäre. Von den Entschlüssen des Reichstages wird es abhängen, ob es dabei sein Bewenden haben wird, oder ob durch eine verhältnismäßige Erhöhung der neuen Staffelsätze dem Reiche weitere Mittel zugeführt werden sollen.

— Das Anhebungsgeciß wird eben im „Reichsanzeiger“ publiziert; nimmere kann der Kampf gegen das Volentum weitergeführt werden. Wir halten dies Geßes für ein total verfehltes; es wird zunächst große Erbitterung unter der polnischen Bevölkerung hervorrufen und diese nur dem Radikalpotentum in die Arme treiben. Die Zentrumsfaktion des preussischen Abgeordnetenhauses bezieht sich befeindlich das Geßes auch als verfassungswidrig; aber der Defatismus kümmert sich um solche Kleinigkeiten nicht mehr, wenn er auf die Polenjagd geht.

— Kleinstaatliche Wertwürdigkeiten. Bei der Zerrenheit des thüringischen Staatenkomplexes, der aus etwa hundert, zum Teil nur auf Spezialarten erkennbaren Einzelstaaten besteht, ergeben sich die eigenartigsten Verhältnisse. Es gibt eine Reihe selbst kleiner Orte, die zwei verschiedenen Staaten angehören. Am graste ist die Sache bekanntlich in der weimarisch-meiningischen Stadt Stranfeld, wo nicht etwa wie z. B. Kuhlja zwei in sich geschlossene Landesteile bestehen, sondern die Grenze im sonderbarsten Jidjad durch den Ort läuft und ein förmliches Mosaikbild schafft. Vier Häuser meiningisch, dann drei Häuser weimarisch; einundenehalb Haus mit halber Scheune weimarisch, der Rest meiningisch usw. Daß diese Zustände vielfach geht die Grenze durch die Zählstube, über den Stüdenherd oder durch den Viehstall geradezu Ungehenerlichkeiten und die lächerlichsten Kuriositäten schaffen, liegt auf der Hand. Weitwelsweise ist das große Gastzimmer des „Kastellers“ zu Stranfeld halb meiningisch und halb weimarisch, und bei der Verschiedenheit der Feuerabendstände machen sich die Gäste jedesmal diese territoriale Abweichung zu nutze. Bereits in der ersten Hälfte der achtziger Jahre war, um diesen Zuständen ein Ende zu bereiten, vorgeschlagen worden, den weimarischen Anteil an Stranfeld gegen die meiningischen Enklaven Lichtnbain, Biergehnheilgen

Mosenlöcher-Dresden
Kannleitung bereits
selben wieder ge-
eine Forberungen
Kennen selbst sehr
begnügt sich des-
Zunächst fand ein
sich Größe-Verzög-
n beteiligte. Gleich-
olgreich an und er-
hrend seine Gegner
Munden einbüßten.
Rad wechselte, und
nd und fuhr einige
Mosenlöcher leicht
tunde 60 Kilometer
ometer und dritter
interessant gestaltete
eier, an dem sich
a. Mh. (Extra- und
in der Höhe von
nächst eine ziemlich
ielt. Wenn wurde
Gegnern schließlich
Schließlich mußte
unden preisgeben.
gewordenes Rad,
folgende Gänther
ich mit 5 Stunden
1 Stunde 34 Min.
i Gornemann die-
wungen. Zweiter
wohnten 8-9000
im Sonntag den

m 27. Aug. 1904.
em Marke 18,82
igen, gelb. Markt
Markt 19,26 bis
3,58, Marke 15,20
je 14,50-15,00,
n 14-17, Pirse
100 kg. Butter,
0. Roggenmehl,
600 kg 19-22,
Roggenkleie 6,25,
kg.

den.

r.
8 Uhr.
ed Theater:
diplomatie. Die
sein Feind.

40 Pfennig.

1905

2017
18-1907).
(Erzählung,
pöhlischen
Derthen.

nken
er 2888
Kaffernasse
Dresden 1907.

ung
R.
II.
en
kerel
tu.“

Mat und
Kataloge
gratis.

tet. Ein-
2849

September
ed. 14 bis
3018

en
nach aus-
stille ge-
E. K. 193
Blattes.